

# **Vertrag**

## **über die Wahrnehmung der Aufgaben eines Betriebsarztes für sämtliche Bereiche der Kreisverwaltung des Landkreises Gießen**

zwischen

**dem Kreisausschuss des Landkreises Gießen**

Riversplatz 1-9, 35394 Gießen

- *nachfolgend „Auftraggeber“* -

und

**[Name und Anschrift des Auftragnehmers]**

- *nachfolgend „Auftragnehmer“* -

- *Auftraggeber und Auftragnehmer nachfolgend auch jeweils „Partei“ und  
gemeinsam „Parteien“* -

### **§ 1 Vertragsgegenstand**

(1) Gegenstand dieses Vertrags ist die betriebsärztliche und arbeitsmedizinische Betreuung der Kreisverwaltung des Landkreises Gießen. Die Betreuung umfasst die betriebsärztliche Grundbetreuung nach der DGUV Vorschrift 2 sowie betriebsspezifische Leistungen, insbesondere arbeitsmedizinische Vorsorgen, Eignungsbeurteilungen und Einstellungsuntersuchungen.

(2) Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen ergeben sich im Einzelnen aus der als Anlage 1 beigefügten Leistungsbeschreibung, die Bestandteil dieses Vertrags ist.

(3) Betriebsspezifische Leistungen im Sinne der Leistungsbeschreibung werden nur auf gesonderte Beauftragung durch den Auftraggeber erbracht. Darüber hinaus kann der Betriebsarzt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen auch von sich aus tätig werden, soweit dies zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist.

(4) Eine Übertragung von Leistungen oder Teilleistungen auf Dritte (Unterauftragnehmer) ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gestattet. Der Auftragnehmer bleibt auch bei genehmigter Unterbeauftragung für die ordnungsgemäße Leistungserbringung verantwortlich.

### **§ 2 Vertragsbestandteile und Rangfolge**

(1) Es gelten als Vertragsbestandteile in der folgenden Rangfolge:

1. dieser Vertrag,
2. die Leistungsbeschreibung einschließlich Preisblatt (Anlage 1),
3. das Angebot des Auftragnehmers vom [Datum] (Anlage 2),
4. etwaige Zusätzliche Vertragsbedingungen des Auftraggebers (Anlage 3),
5. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

(2) Bei Widersprüchen zwischen den Vertragsbestandteilen gilt die vorstehende Rangfolge.

(3) Die Geltung Allgemeiner Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers ist ausgeschlossen.

### **§ 3 Pflichten des Auftragnehmers**

(1) Der Auftragnehmer erbringt die Leistungen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (Anlage 1), der gesetzlichen Vorschriften – insbesondere des ASiG, des ArbSchG, der DGUV Vorschrift 2 und der ArbMedVV – sowie nach dem jeweils aktuellen Stand der arbeitsmedizinischen Erkenntnisse.

(2) Der Auftragnehmer setzt für die Leistungserbringung ausschließlich Personal ein, das die in der Leistungsbeschreibung (Ziffer 2) genannten Qualifikationsanforderungen erfüllt. Er benennt dem Auftraggeber vor Leistungsbeginn namentlich den verantwortlichen Betriebsarzt sowie dessen Vertretung.

(3) Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich über Umstände, die die ordnungsgemäße Leistungserbringung gefährden oder wesentlich beeinträchtigen könnten, insbesondere über einen dauerhaften Wechsel des verantwortlichen Betriebsarztes.

(4) Der Auftragnehmer hat die Leistungen persönlich zu erbringen. § 1 Abs. 4 bleibt unberührt.

### **§ 4 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers**

(1) Der Auftraggeber stellt die Beschäftigten für die Teilnahme an arbeitsmedizinischen Vorsorgen, Untersuchungen und sonstigen erforderlichen Maßnahmen frei. Der Auftragnehmer nimmt bei der Terminplanung auf die betrieblichen Belange des Auftraggebers Rücksicht.

(2) Der Auftraggeber erteilt dem Auftragnehmer alle für die ordnungsgemäße Durchführung der Aufgaben nach dem ASiG erforderlichen Informationen und Auskünfte. Er ermöglicht den Ärzten und medizinischen Fachkräften des Auftragnehmers nach vorheriger Terminabsprache Betriebsbegehungen und Arbeitsplatzbesichtigungen.

(3) Der Auftraggeber stellt sicher, dass

- die Zusammenarbeit mit dem Personalrat nach § 9 ASiG,
- die Zusammenarbeit zwischen dem Betriebsarzt und der Fachkraft für Arbeitssicherheit nach § 10 ASiG sowie
- die Teilnahme an den Sitzungen des Arbeitsschutzausschusses nach § 11 ASiG

ermöglicht werden.

(4) Der Auftraggeber meldet dem Auftragnehmer spätestens zum 31. Januar eines jeden Kalenderjahres die aktuelle Beschäftigtenzahl (Vollzeitäquivalente). Wesentliche unterjährige Veränderungen der Beschäftigtenzahl (Abweichung von mehr als 10 % gegenüber der zuletzt gemeldeten Zahl) teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer unverzüglich mit.

(5) Der Auftraggeber stellt für die Durchführung der Bildschirmarbeitsplatz-Angebotstage (vgl. Ziffer 4.5 der Leistungsbeschreibung) geeignete Räumlichkeiten an seinen Verwaltungsstandorten bereit.

## § 5 Vergütung und Abrechnung

(1) **Grundbetreuung.** Die betriebsärztliche Grundbetreuung nach der DGUV Vorschrift 2 wird auf Basis eines festen Stundensatzes vergütet. Der Stundensatz beträgt \_\_\_\_\_ Euro (netto). Die jährliche Vergütung ergibt sich aus der Multiplikation des Stundensatzes mit den gemäß Leistungsbeschreibung errechneten Einsatzstunden. Die Einsatzstunden werden jährlich auf Grundlage der vom Auftraggeber gemeldeten Beschäftigtenzahl (§ 4 Abs. 4) neu berechnet. Eine Anpassung erfolgt jeweils zum Beginn eines Kalenderjahres.

(2) **Betriebsspezifische Leistungen.** Die betriebsspezifischen Leistungen (insbesondere Vorsorgen, Eignungsbeurteilungen, Einstellungsuntersuchungen) werden nach den im Preisblatt (Anlage 1, Ziffer 6) angebotenen Einheitspreisen vergütet. Maßgeblich ist die tatsächlich erbrachte und vom Auftraggeber beauftragte Leistung. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Abruf einer Mindestmenge besteht nicht.

(3) **Nebenkosten.** Mit der Vergütung nach Abs. 1 und 2 sind sämtliche dem Auftragnehmer entstehenden Aufwendungen abgegolten, einschließlich Reisekosten, Spesen, Verbrauchsmaterial und des Aufwands für die Abstimmung und Organisation der Leistungen. Nebenkosten werden nicht gesondert erstattet.

(4) **Sonstige Leistungen.** Für sonstige arbeitsmedizinische Leistungen, die nicht im Preisblatt erfasst sind und gesondert beauftragt werden (vgl. Ziffer 4.6 der Leistungsbeschreibung), erstellt der Auftragnehmer vorab ein Angebot. Die Beauftragung erfolgt schriftlich durch den Auftraggeber. Die Abrechnung sonstiger ärztlicher Leistungen richtet sich nach der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) mit dem 1,3-fachen Satz, Einzelimpfleistungen mit dem 2,3-fachen Satz und Laborleistungen mit dem 1,15-fachen Satz, sofern nicht im Einzelfall eine abweichende Vergütung vereinbart wird. Für Impfstoffe werden die jeweils aktuellen Apothekenverkaufspreise angesetzt.

(5) **Umsatzsteuer.** Die vereinbarten Preise verstehen sich als Nettopreise zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit Umsatzsteuer anfällt. Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen sind als Heilbehandlungen gemäß § 4 Nr. 14 UStG umsatzsteuerbefreit.

(6) **Rechnungsstellung.** Die Vergütung für die Grundbetreuung wird halbjährlich jeweils zur Mitte des Halbjahres (zum 01. April und zum 01. Oktober) in Rechnung gestellt. Betriebsspezifische Leistungen werden im Anschluss an die Leistungserbringung, spätestens jedoch innerhalb von drei Monaten nach Erbringung, abgerechnet. Rechnungen sind innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang beim Auftraggeber zur Zahlung fällig.

(7) **Preisanpassung.** Eine Anpassung der vereinbarten Preise (Stundensatz, Einheitspreise) ist frühestens nach Ablauf von 12 Monaten nach Vertragsbeginn zulässig. Preisanpassungen sind mit einer Frist von drei Monaten zum Beginn eines Kalenderjahres schriftlich gegenüber dem Auftraggeber geltend zu machen und zu begründen. Die Preisanpassung bedarf der Zustimmung des Auftraggebers. Kommt keine Einigung zustande, hat der Auftraggeber das Recht, den Vertrag mit einer Frist von drei Monaten zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Preisänderung zu kündigen.

## **§ 6 Termine und Fristen**

(1) Die in der Leistungsbeschreibung genannten Fristen und Termine sind verbindlich, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

(2) **Terminabsagen.** Vereinbarte Termine sind grundsätzlich einzuhalten. Absagen sind wie folgt vorzunehmen:

- bei Einzeluntersuchungen: mindestens 5 Werktage vor dem geplanten Termin,
- bei Veranstaltungen, Workshops oder Angebotstagen: mindestens 15 Werktage vorher.

(3) Bei verspäteter Absage kann die ausgefallene Leistung in Rechnung gestellt werden, sofern der Auftragnehmer keinen adäquaten Ersatzeinsatz für den freigewordenen Termin realisieren konnte. Dies gilt auch für nachgewiesene Auslagen (z. B. Honorare an Dritte, Miete für technisches Equipment, speziell beschaffte Materialien). Die Darlegungs- und Beweislast für die fehlende Möglichkeit eines Ersatzeinsatzes trägt der Auftragnehmer.

(4) Absagen oder Terminverschiebungen durch den Auftragnehmer sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Der Auftragnehmer bietet in diesem Fall unverzüglich einen Ersatztermin innerhalb von 10 Werktagen an.

## **§ 7 Leistungsstörungen**

(1) Kommt der Auftragnehmer mit der Erbringung vertraglich geschuldeter Leistungen in Verzug, hat der Auftraggeber ihn unter Setzung einer angemessenen Nachfrist zur Leistung aufzufordern.

(2) Erbringt der Auftragnehmer die Leistungen auch innerhalb der Nachfrist nicht oder nicht vertragsgemäß, ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistung auf Kosten des Auftragnehmers durch Dritte erbringen zu lassen (Ersatzvornahme), soweit dies zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Arbeitgebers erforderlich ist.

(3) Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere auf Schadensersatz, bleiben unberührt.

(4) Gerät der Auftragnehmer wiederholt oder in erheblichem Umfang mit der Erbringung vertraglich geschuldeter Leistungen in Verzug, ist der Auftraggeber unbeschadet der Rechte aus Abs. 1 bis 3 zur Kündigung aus wichtigem Grund nach § 9 Abs. 4 berechtigt.

## **§ 8 Haftung und Versicherung**

(1) Der Auftragnehmer haftet für Schäden, die dem Auftraggeber oder Dritten durch schuldhafte Verletzung der vertraglichen oder gesetzlichen Pflichten durch den Auftragnehmer oder die von ihm eingesetzten Personen entstehen, nach den gesetzlichen Vorschriften.

(2) Der Auftragnehmer unterhält für die Dauer dieses Vertrags eine Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen je Schadensfall:

- für Personenschäden: 5.000.000,00 Euro,

- für Sachschäden: 3.000.000,00 Euro,
- für Vermögensschäden: 1.000.000,00 Euro.

Die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr muss mindestens das Zweifache der vorstehenden Deckungssummen betragen.

(3) Der Nachweis über den Versicherungsschutz ist dem Auftraggeber innerhalb von vier Wochen nach Vertragsschluss unaufgefordert vorzulegen. Der Auftragnehmer weist die Aufrechterhaltung des Versicherungsschutzes dem Auftraggeber auf Verlangen jederzeit nach. Kommt der Auftragnehmer dieser Pflicht trotz angemessener Nachfristsetzung nicht nach, ist der Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.

(4) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter frei, die aus einer schuldhaften Pflichtverletzung des Auftragnehmers oder der von ihm eingesetzten Personen resultieren.

## § 9 Vertragsdauer und Kündigung

(1) **Grundlaufzeit.** Der Vertrag wird für die Zeit vom 01. Januar 2027 bis zum 31. Dezember 2029 geschlossen (Grundlaufzeit).

(2) **Verlängerung.** Der Vertrag verlängert sich nach Ablauf der Grundlaufzeit jeweils um ein weiteres Kalenderjahr, sofern er nicht von einer Partei schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung muss der anderen Partei spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit (Grundlaufzeit bzw. Verlängerungszeitraum) zugehen. Eine Verlängerung ist höchstens zweimal möglich.

(3) **Maximale Vertragslaufzeit.** Der Vertrag endet spätestens am 31. Dezember 2031, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.

(4) **Kündigung aus wichtigem Grund.** Das Recht beider Parteien zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- eine Partei trotz schriftlicher Abmahnung wiederholt oder grob gegen wesentliche Vertragspflichten verstößt,
- über das Vermögen einer Partei ein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird,
- der Auftragnehmer den erforderlichen Versicherungsschutz nach § 8 Abs. 3 nicht nachweist,
- der Auftragnehmer die fachliche Qualifikation gemäß der Leistungsbeschreibung (Ziffer 2) nicht mehr gewährleisten kann.

(5) **Kündigung bei Preisanpassung.** Das Sonderkündigungsrecht des Auftraggebers bei Preisanpassungen richtet sich nach § 5 Abs. 7.

(6) **Übergangsregelung.** Im Falle einer Kündigung oder des Vertragsendes wirkt der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers an einer geordneten Übergabe an einen Nachfolger mit. Er übergibt insbesondere alle für die Fortführung der betriebsärztlichen Betreuung erforderlichen Unterlagen und Dokumentationen (soweit dies unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht zulässig ist) und steht für einen Übergabezeitraum von bis zu vier Wochen nach Vertragsende für Rückfragen zur Verfügung.

## **§ 10 Datenschutz und Schweigepflicht**

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich und die von ihm eingesetzten Ärzte und sonstigen Mitarbeiter zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG).

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet alle für ihn im Rahmen dieses Vertrags tätigen Personen zur Verschwiegenheit über sämtliche Angelegenheiten, die ihnen im Rahmen der Betreuung zur Kenntnis gelangen. Diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung dieses Vertrags fort.

(3) Die ärztliche Schweigepflicht nach § 203 StGB bleibt unberührt. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass medizinische Befunde und personenbezogene Gesundheitsdaten ausschließlich dem jeweiligen Beschäftigten mitgeteilt werden und nicht ohne dessen ausdrückliche Einwilligung an den Auftraggeber weitergegeben werden.

(4) Der Auftragnehmer trifft die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen gemäß Art. 32 DSGVO, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau für die Verarbeitung personenbezogener Daten zu gewährleisten. Er sichert zu, dass die bei ihm oder in seinem Auftrag gespeicherten Daten nach dem Stand der Technik gegen unbefugten Zugriff geschützt sind.

(5) Soweit der Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrags personenbezogene Daten im Auftrag des Auftraggebers verarbeitet, schließen die Parteien eine gesonderte Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO ab.

(6) Nach Beendigung des Vertrags hat der Auftragnehmer sämtliche ihm überlassenen Unterlagen und Daten des Auftraggebers zurückzugeben oder – auf Weisung des Auftraggebers – datenschutzkonform zu löschen. Die Aufbewahrung ärztlicher Dokumentation richtet sich nach den einschlägigen berufsrechtlichen und gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

## **§ 11 Geheimhaltung**

(1) Die Parteien verpflichten sich, alle im Rahmen der Vertragsdurchführung erlangten vertraulichen Informationen der jeweils anderen Partei vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben, es sei denn, die Weitergabe ist zur Vertragsdurchführung erforderlich oder gesetzlich vorgeschrieben.

(2) Diese Verpflichtung gilt auch nach Beendigung dieses Vertrags fort.

## **§ 12 Schriftform**

(1) Änderungen, Ergänzungen und Konkretisierungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel. § 127 Abs. 2 BGB findet keine Anwendung.

(2) Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

(3) Machen die Parteien von Rechten aus diesem Vertrag keinen Gebrauch, bedeutet dies keinen Verzicht auf diese Rechte für die Zukunft.

## § 13 Schlussbestimmungen

(1) **Salvatorische Klausel.** Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt.

(2) **Erfüllungsort.** Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist Gießen.

(3) **Gerichtsstand.** Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist – sofern das Gesetz keinen anderen Gerichtsstand zwingend vorschreibt – Gießen.

(4) **Anwendbares Recht.** Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

### Anlagenverzeichnis:

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung einschließlich Preisblatt
- Anlage 2: Angebot des Auftragnehmers vom [Datum]
- Anlage 3: Zusätzliche Vertragsbedingungen [sofern einschlägig]

Gießen, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Für den Auftraggeber  
*Landkreis Gießen*

\_\_\_\_\_  
Für den Auftragnehmer